Zeitschrift: Berner Schulblatt
Herausgeber: Bernischer Lehrerverein
Band: 106 (1973)
Heft: 52

Heft

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Berner Schulblatt L'Ecole bernoise 52

Organ des Bernischen Lehrervereins
106. Jahrgang. Bern, 21. Dezember 1973

Organe de la Société des enseignants bernois
106e année. Berne, 21 décembre 1973

3. Informationsabend BLV über Lehrerausbildung

Dr. Fritz Müller, Seminardirektor und Präsident der EDK-Kommission «Lehrerbildung von morgen», Thun:

«*Neukonzeption der seminaristischen Lehrerbildung*»

Referat, Fragestellungen, Diskussion

Mittwoch, 16. Januar 1974, 20 Uhr, Aula Seminar Marzili, Brückenstrasse, Bern

Der 1. und 2. Informationsabend waren der Darstellung und Diskussion von Ausbildungsmodellen aufbauend auf der Maturität oder maturähnlichem Abschluss gewidmet (s. dazu BSB Nrn. 23, 33/34 und 40/41).

Der 3. Abend soll nun eine Auseinandersetzung mit unserem bernisch-seminaristischen Modell und seiner Weiterentwicklung sein, mit Ausblick auch auf schweizerisch erarbeitete Vorschläge.

Alle Kolleginnen und Kollegen sind freundlich eingeladen! Bitte auch die nochmalige Ankündigung des Abends im BSB Nr. 1/2 nächsten Jahres beachten.

Aus den Verhandlungen des Grosses Rates

In der vierwöchigen Novembersession mit den Schwerpunkten Jurastatut und Steuergesetz warfen die Traktanden der Erziehungsdirektion keine grossen Wellen.

Von der Regierung wurde einzig eine Abänderung des *Gesetzes über die Ausbildung der Lehrer und Lehrerinnen* dem Rat unterbreitet. Beim Eintreten zeigten sich alle Fraktionssprecher enttäuscht, dass diese Revision nicht umfassender ausgefallen war. *Der Erziehungsdirektor* stellte jedoch bald eine Gesamtrevision des Gesetzes in Aussicht, vorläufig aber seien die dringendsten Punkte vorweg genommen. Im Artikel 1 werden die Anschlussklassen gesetzlich verankert. *Grossrat Theiler* war nicht zufrieden, dass diese Klassen nur ins Seminar überführen sollten. Viele Mittelschulkandidaten, welche die Aufnahmeprüfung nicht bestanden hätten, würden auf diesem Weg gezwungenermassen ins Seminar geleitet. Somit würde die Seminarausbildung zur Occasionsausbildung. *Kollege Boss* befürchtete ein Ansteigen des Niveaus in diesen Klassen auf eine Höhe, bei der die übrigen Sekundarschulen nicht mehr Schritt zu halten vermöchten. Die Anforderungen in der Mathematik seien bereits heute unhaltbar. In Artikel 3 wird dann die Errichtung eines heilpädagogischen Seminars erwähnt, in Artikel 7 die Durchlässigkeit von Seminar und Gymnasium bis zum Abschluss des zweiten Ausbildungsjahres festgehalten. Zudem müssen die Lehrpläne an allen Seminaren einheitlich sein. Artikel 9 verlangt eine Verordnung über Aufnahme und Promotion. Der Satz: «Neben den Schulleistungen ist auch den pädagogischen Fähigkeiten grosses Gewicht beizumessen», verursachte eine lange Diskussion. Die einen wollten die charakterliche Eignung einbeziehen, andere den Satz streichen. Mit Stichentscheid des Präsidenten – eine grosse Seltenheit – blieb der umstrittene Satz im Gesetz. Durch den Artikel 14 werden zukünftig nichtstaatlich-öffentliche und private Seminare in den Genuss von Staatsbeiträgen kommen. Allerdings müssen vorerst verschiedene Bedingungen erfüllt sein. Und im Artikel 21 wird schliesslich festgehalten, dass der Staat für die Ausbildung von Kindergärtnerinnen zu sorgen hat. Mit 115:2 Stimmen hiess der Rat die Vorlage in erster Lesung gut.

Schulhausbaugeschäfte lagen erstmals keine vor; ob hier die Finanzen eine Rolle spielen? Deshalb konnte der Rat zur Behandlung der *parlamentarischen Vorstösse* übergehen. In einer Motion forderte *Kollege Dr. Grob* eine intensivere *Lehrerfortbildung*. Seit 100 Jahren habe die Lehrerschaft die Fortbildung allein durchgeführt, und jetzt mache man ihr fast einen Vorwurf, dass sie heute ein eigenes Kurssekretariat aufgezogen habe. *Regierungsrat Kohler* bedauerte einmal, dass seitens der Lehrerschaft kein grösseres Interesse vorhanden sei. 700 Kurse habe man vorgesehen, aber viele davon hätten mangels Beteiligung abgesagt werden müssen. Im welschen Kantonsteil würde die Zusammenarbeit klappen, während diese im alten Kanton komplizierter sei, da zwei Instanzen daran beteiligt wären. Eine bessere Koordination sollte angestrebt werden. Heute sei es zu früh, um ein endgültiges Urteil zu fällen. Er glaube jedoch nicht, dass das Dekret jetzt schon geändert werden solle. Das Problem liege im menschlichen Sektor. Auf alle Fälle müsse der Staat die Führung übernehmen. Die Erziehungsdirektion werde wahrscheinlich nicht darum herum kommen, vermehrt obligatorische Kurse anzuordnen. Die Motion wurde dann in ein Postulat umgewandelt und angenommen.

Inhalt – Sommaire

Lehrerausbildung 443
Aus den Verhandlungen des Grossen Rates 443
Mittelschule von morgen 444
Kantonale Primarlehrer-Kommission 448
Primarlehrer-Präsidentenkonferenz 448
Wie projektiere ich Religionsunterricht? 449
Vereinigung ehemaliger Schülerinnen des Städtischen Lehrerinnenseminars Marzili 449
Redaktionelle Mitteilungen 449
Dans les sections: Bienne–La Neuveville 450
Centre de perfectionnement du corps enseignant 451
Avis de la rédaction 451
Mitteilungen des Sekretariates 451
Communications du Secrétariat 451

Ebenfalls in einer Motion forderte *Grossrat Katz* ein *Gesetz über die Kindergärten.* Jede Gemeinde betreibe ihre eigene Politik. Der Besuch des Kindergartens sollte kostenlos, aber doch freiwillig sein. Das Eintrittsalter sei zu bestimmen und ein Lehrplan müsse geschaffen werden. *Der Erziehungsdirektor* gab klar zu verstehen, dass zuerst eine Vorschulkonzeption geschaffen werden müsse, bevor man ein Gesetz erlassen könne. Die heutige Gesetzgebung beschränke sich auf die blosse Überwachung der Kindergärten. Im Rat entstand nun eine Diskussion über unser Kindergartenwesen, wobei die Meinungen weit auseinandergingen. Schliesslich wurde ein Teil des Begehrens abgelehnt und der andere als Postulat überwiesen.

Ein Postulat von *Grossrat Dr. Meyer* forderte rechtliche und organisatorische Voraussetzungen, um Schülern, Eltern und Lehrern die *Bewältigung der Massenmedien* zu erleichtern. In der schriftlichen Antwort wird erwähnt, dass diese Voraussetzungen teils erfüllt, teils in Erwägung gezogen würden. Es wird auch auf die kantonale Kommission für Film- und Fernseherziehung hingewiesen. Gewarnt wird aber auch hier, immer neue Begehren an die Schule zu richten, die an und für sich ins Elternhaus gehörten.

Grossrat Kurt möchte auch die *Sekundarlehrer verpflichten,* nach Absolvierung der Lehramtsschule eine gewisse Zeit im Schuldienst tätig zu sein. Dadurch würde der Lehrermangel an dieser Stufe vermindert. Das gleiche Begehren sei seinerzeit bei den Primarlehrern gescheitert, erklärte *Regierungsrat Kohler,* aus diesen Gründen müsse er das Postulat ablehnen. Der Postulant zog hierauf seinen Vorstoss zurück.

Dann wünschte *Kollege Sommer* Auskunft über die Vorarbeiten zum Bau eines *Gymnasiums und Seminars in der Gemeinde Köniz.* In der Antwort ist ein Baubeginn im Jahre 1975 vorgesehen. Die Schulen sollten für maximal 50 Klassen berechnet sein, und die Baukosten werden auf 38–42 Millionen geschätzt. In den Schlussbetrachtungen wird dann noch auf den sich abzeichnenden Geburtenrückgang hingewiesen und erklärt, es sei Pflicht der Behörden, dafür zu sorgen, dass nicht in absehbarer Zeit Schulraum brach liege, wie es bereits auf der Volksschulstufe in gewissen Regionen festgestellt werden müsse. In einer Interpellation erkundigte sich *Kollege Boss,* wie sich die Regierung zu den in einer *Resolution der Seminarlehrer* aufgestellten Thesen stelle? *Regierungsrat Kohler* bedauerte, dass diese Lehrergruppe nicht vorher Kontakt mit der ED aufgenommen habe. Diese Resolution sei allerdings nur von rund 60 der über 500 Seminarlehrer gefasst worden. Einen Teil der vorgebrachten Anliegen begreife er, leider sei aber über die sehr weitreichenden Rechte der Seminarlehrer nichts geschrieben worden. Das Mitspracherecht bestehe in weitgehendem Masse; aber oft würden Wünsche angebracht, die unmöglich zu erfüllen wären. In letzter Zeit seien immer mehr Beschwerden gegen Seminarlehrer eingegangen, aber die ED habe nie Schritte ergriffen. Der Entwurf eines neuen Seminarreglements werde bald vorliegen.

Grossrat Theiler erkundigte sich nach der Haltung des Kantons zur *integrierten Gesamtschule.* Er möchte bald eine Änderung der Schulgesetze, damit sich die Gesamtschulversuche auf eine juristische Grundlage stützen könnten. *Der Erziehungsdirektor* legte dar, dass die ED Richtlinien erlassen habe, welche das Ausmass von Experimenten mit neuen Systemen festlege. Jede neue Schulform sei bewilligungspflichtig. 1974 werde der Grosse Rat Entwürfe für eine Revision der Schulgesetze erhalten, die dann Grundlagen für Schulversuche schaffen würden. *Grossrat Bigler* (Bern) erkundigte sich in einer Schriftlichen Anfrage, warum der Kanton die *Sozialzulagen an die Lehrer der Berufsschulen* nicht mehr subventioniere? Die Antwort erklärt diese Tatsache mit der Neuaufteilung der Kosten zwischen Bund, Kanton und Gemeinden. Der Staat könne die Mehrkosten nicht allein tragen. Das ganze Besoldungswesen sei in einer Umgestaltungsphase und somit nicht definitiv.

Der Berichterstatter zeigte sich beunruhigt, weil in einem Einzelfall die bewilligten *Stipendien* nicht fristgemäss eingingen und fragte, ob eventuell die Tendenz bestehe, das Stipendienwesen abzubauen? In der Antwort wird versichert, dass keine Sparmassnahmen ergriffen worden seien. Wenn die Auszahlungen verspätet erfolgten, liege die Ursache meistens bei den Bezugsberechtigten, denn die zweite Auszahlung erfolge erst nach Eingang einer Zeugnisabschrift oder einer Bestätigung über den normalen Besuch und Verlauf der Ausbildung. (Wer weiss das?)

Nicht vergessen sei natürlich das uns interessierende Geschäft bei der Finanzdirektion. Die Verhandlungen um die *Teuerungszulagen* standen diesmal unter dem Eindruck des raschen Anstiegs des Indexes in den letzten Monaten. Es war daher nicht verwunderlich, dass der Antrag auf 8½% gestellt wurde. Schliesslich wurden 8% Nachteuerungszulage für 1973 und 8½% für 1974 bewilligt. Was uns Gedanken machen muss für die Zukunft, ist das Rütteln am indexmässigen Lohnausgleich. Dabei kommen diese Gedanken immer aus Kreisen, die ihren eigenen Verdienst nie offen auf den Tisch zu legen gedenken.

Mittlerweile ist nun auch der *Artikel 20 der Staatsverfassung* in seiner neuen Fassung vom Volk angenommen worden. So dürfen die Lehrer wieder zu Recht im Rate sitzen. Die unsichere Lage führte auch diesmal zu der kuriosen Situation, dass sich die einen auf die Tribüne begaben, andere in der Wandelhalle sassen und wieder andere im Rate verblieben. Bei den Abstimmungen über die Teuerungszulagen der Lehrer jedoch stimmte meines Wissens keiner mit. Es darf uns mit Genugtuung erfüllen, dass das Bernervolk nun sowohl das Besoldungsgesetz wie jetzt auch die Wählbarkeit der Lehrer in den Grossen Rat mit unerwartet starkem Mehr gutgeheissen hat. Offenbar sind wir Lehrer doch geachteter, als es gewisse Kreise wahrhaben wollen. *Hans Tanner*

Mittelschule von morgen

Stellungnahme des Kantonalvorstandes an die Erziehungsdirektion des Kantons Bern gemäss ihrer Einladung vom 15. März 1973, und an den Schweizerischen Lehrerverein zuhanden der KOSLO.

Einleitung

Wir danken Ihnen, dass wir zum Bericht «Mittelschule von morgen» Stellung nehmen konnten.

Die Thesen wurden in der Schweizerischen Lehrerzeitung Nr. 17/18 vom 26. April 1973 und im Berner Schulblatt in der gleichen Nummer publiziert. Alle Mitglieder und die angeschlossenen Verbände wurden aufgefordert, sich bis Ende September 1973 zu äussern.

Eingegangen sind längere Stellungnahmen von den direkt betroffenen Gruppen Bernischer Gymnasiallehrerverein (BGV) und Bernischer Mittellehrerverein (BMV). Daneben haben weitere Sektionen und Lehrerkollegien aus Stadt und Land zum Bericht Stellung genommen.

Die gründlich ausgearbeiteten Berichte des BGV und des BMV sind grösstenteils in die vorliegende Fassung aufgenommen worden; daher kann auf den vollinhaltlichen Abdruck verzichtet werden.

Ergebnis

dieser Vernehmlassung und der Diskussion in der Päd. Kommission, im Leitenden Ausschuss und KV (14. November 1973):

Der Bericht stellt einen wertvollen Beitrag zur kritischen Überprüfung der Grundprinzipien, Zielvorstellungen einer zeitgemässen Schule dar. Er darf aber keineswegs als richtungsweisend für die zukünftige Gestaltung der Mittelschule gelten.
Begründung:

Es fehlt ihm die überzeugende Aussagekraft darüber, wohin die Erziehung, die Schulbildung im allgemeinen und die Mittelschule im besonderen führen sollen. Er krankt an inneren Widersprüchen und ist zur Hauptsache auf eine einzelne Schulreform, nämlich die integriert-differenzierte Gesamtschule ausgerichtet, von der keineswegs feststeht, dass sie der beste oder auch nur ein guter Weg zur Humanisierung und Individualisierung des Unterrichts, Verbesserung der Chancengleichheit usw. ist. Die Reform der Mittelschule und das Problem der Gesamtschule müssen beide für sich, nicht miteinander verquickt, gründlich geprüft und an schrittweisen Versuchen sorgfältig getestet werden.

Die Bevorzugung der integriert-differenzierten Gesamtschule im Bericht hängt möglicherweise damit zusammen, dass dieser Schultyp in der Diskussion um die Ecole romande stark im Vordergrund steht. Es ist nicht gesagt, dass Lösungen, die in der französischen Schweiz (möglicherweise) vorgezogen werden, sich auch für andere Gegenden aufdrängen.

Von verschiedenen Seiten wurde darauf hingewiesen, dass die Kommission einseitig zusammengesetzt war. Im übrigen sind wir der Ansicht, dass der Fragenkatalog der EDK in seiner undifferenzierten pauschalen Form zur Beantwortung wenig geeignet ist.

Frage 1

Halten Sie eine umfassende Mittelschulreform für die Schweiz für notwendig oder wünschbar?

Unsere Antwort

Eine Mittelschulreform ist wünschbar, muss aber wirklichkeitsnäher durchdacht werden, um Zweifel in den Antworten «nein aber» und «ja aber» aufzuheben.

Zum Punkt 3.1.2 des Berichts machen wir ein grosses Fragezeichen, insbesondere zu folgendem Absatz:

«Nur durch eine Umstrukturierung der Schule lassen sich die neu gesteckten Ziele erreichen. Wenn jedem Schüler ohne Unterschied der sozialen Herkunft derjenige Ausbildungsweg offenstehen soll, der seinen Neigungen und Fähigkeiten am besten entspricht, bedingt das unter anderem: den Ausbau der Vorschulerziehung, die Einrichtung einer auf kontinuierliche Beobachtung und Laufbahnorientierung angelegten Schulstufe.»

Hingegen unterstützen wir alle Massnahmen, die zu einer echten Individualisierung des Unterrichts führen und einen angemessenen Aufwand an personellen und finanziellen Mitteln benötigen.

Zitat aus den eingegangenen Formulierungen:

«Wir halten eine Schulreform in der Schweiz für notwendig, insofern eine solche von *vorhandenen* Möglichkeiten ausgeht und vor allem im Hinblick auf die Entwicklungsbedingungen des Kindes eine Verbesserung, insbesondere eine *Vermenschlichung der Schule* im Sinne Pestalozzis bedeutet. Diese *Reform* sollte aus den pädagogischen *Fundamentalerfahrungen* heraus aufgebaut werden, beginnend bei einer wirksam verbesserten Lehrerausbildung.»

Weitere Forderungen aus den eingegangenen Berichten:

«– Verstärkung der pädagogischen Bedeutung der Lehrerkonferenz.

– Teamarbeit der Lehrer (Beurteilung der Schüler, Vorbereitungsarbeiten).

– Kampf gegen die Anonymisierung der Schule.

– Intensivierung des Kontaktes mit den Eltern.

– Führung heterogener Klassen in den ersten 6 Schuljahren.

– Hinausschieben des Entscheides über das Ende des 4. Schuljahres hinaus bei der Wahl der weiterführenden Schultypen.

– Engerer Kontakt mit Psychologen, Sozial- und Berufsberatern.

– Kampf gegen die Verfächerung durch Koordination von Fächern, durch Schwerpunktbildung usw.»

«Ausbau des Wahlfachunterrichts, sowohl für theoretische wie für praktische Fächer.»

Frage 2

Wenn ja, halten Sie es für richtig, diese Reform in Schulversuchen im Sinne des Ausführungen von § 10 sowie der Empfehlungen 10 und 11 des Berichtes zu erproben?

Unsere Antwort

Wir erachten eine Reform von innen heraus und von der Schulwirklichkeit her (Kind, Bedürfnis usw.) für entscheidend; sie soll aus der Zusammenarbeit zwischen Lehrern, Eltern und Behörden herauswachsen.

Zitate:

«– Ablehnung der bürokratischen Bestrebungen.

– Keine Zentralisierung der Planung und Durchführung.

– Die bisherigen Erfahrungen von Schulversuchen sind durch Wissenschaftler und Schulpraktiker zusammen genau auszuwerten und der Lehrerschaft zugänglich zu machen. Insbesondere zeigt sich das Bedürfnis nach Berichten über Reformen in ländlichen Gegenden.

– Schulversuche, die nicht die Gesamtschule intendieren, sind als absolut gleichwertig zu behandeln (z. B. Versuche mit rein didaktischen Zielen, Versuche aus regionalen Bedürfnissen heraus).

– Die Schulversuche sollen sowohl finanziell wie personell realisierbar sein.

– Die Wissenschaft soll sich nach den Versuchen richten und nicht umgekehrt.»

Anschliessend an dieses Zitat, das der KV nicht in dieser Schärfe unterstützen kann, halten wir aber fest: Es ist wünschbar, dass wissenschaftlich orientierte Schulversuche vom Bestehenden aus gehen. Wir sehen die Aufgabe der Wissenschaft im Planen der Versuche, in der beobachtenden Begleitung und in der möglichst objektiven Erfassung der Ergebnisse. Die (eigentliche) Bewertung wie die Auswertung dürfen nicht von derselben Stelle aus erfolgen, die die Versuche geplant hat, sondern von Personen, die kein irgendwie geartetes Eigeninteresse am «Gelingen» der Versuche haben («Gewaltentrennung»).

Frage 3

Wenn ja, könnten Sie folgenden grundsätzlichen Optionen zustimmen, in welche die vorliegende Studie ausmündet:

Frage 3.1

Einführung einer Beobachtungs- und Orientierungsstufe gegen Ende der obligatorischen Schulzeit (2.2.1.; 2.2.2.; 3.3.3.; § 4; § 7)?

Unsere Antwort

Die Reform im Sinne einer Gesamtschule, bzw. Beobachtungs- und Orientierungsstufe wird, abgesehen von Einzelstimmen, durchwegs abgelehnt.

Zitate (sinnerläuternde Ergänzungen in Klammern):

«– Gesamtschulen lassen sich nur in Schulzentren organisieren, die eine aufwendige Administration und unverhältnismässig grosse finanzielle Anstrengungen erfordern.

– Solche Mammutschulen verhindern gerade die angestrebte *zentrale Reformidee* einer «humanen Schule». Sie führen zu intellektueller Oberflächlichkeit und Technisierung, anstelle erzieherischer Vertiefung im persönlichen Umgang zwischen Lehrer und Schüler (Anonymität des Schülers, vertiefter Graben zwischen Schule und Elternschaft, Schulpsychologe verdrängt den Klassenlehrer in der Betreuung der Schüler, Überforderung der Lehrerschaft).

– (Die ohnehin dringend nötige Verbesserung der Lehrerausbildung wird durch den Aufwand für die Gesamtschule in Frage gestellt.)

– Das Obligatorium eines lernzielorientierten Unterrichts schränkt die Methodenfreiheit und die Stoffwahl allzusehr ein (Gemeint sind operationalisierte Lernziele, Bemerkung des KV). Der bernische Lehrer hängt sehr an seinen Freiheiten.

– Eine zentralistische Steuerung von Schulversuchen durch die EDK und die einseitige Ausrichtung solcher Versuche auf die Gesamtschule bremst die Reformfreudigkeit der Lehrerschaft beträchtlich.

– Jede Schule soll entsprechend ihren lokalen Gegebenheiten ein individuelles Gepräge haben, sie darf niemals von zentraler Stelle aus in einheitlich uniformer Weise verwaltet werden.»

Frage 3.2

Neugestaltung der post-obligatorischen Schulstufe (3.2; 3.3.4; 3.3.5; 3.3.6;), insbesondere Ausbau, bzw. Einführung einer *Diplomstufe* (§ 6) sowie einer zweiteiligen Maturitätsstufe (§ 5)?

Unsere Antwort

Eine Diplomstufe (besser: einen Diplomzug?) begrüssen wir als Weg zu einer allgemeinen Bildung, der nicht auf die Hochschulreife hinführt.

Es ist dringend nötig, sich der Wichtigkeit dieser Stufe bewusst zu werden und die damit zusammenhängenden Fragen gründlich zu studieren.

Zitate zur Studienstufe:

«– Es scheint uns verfrüht, über die Gestaltung der Studienstufe detailliert zu diskutieren. Es sollte vielmehr der Rahmen zu Experimenten erweitert werden, so dass in einzelnen Schulen *konkrete* Erfahrungen, z. B. über die Auswirkung der Wahlfreiheit, des «interdisziplinären» Unterrichts, der Beschränkung der Pflichtfächer, gesammelt werden können.

– Anstelle der Zweiteilung ist ein gestaffelter Übergang zwischen Zwischenstufe und Studienstufe zu prüfen, d. h. kein Zwang zu einem Einschnitt nach 2 Jahren.»

Frage 3.3

Ablösung der verschiedenen Maturitätstypen durch einen einzigen Grundtyp mit Kern- und Wahlfachsystem (5.5).

Unsere Antwort

Wir begrüssen die Möglichkeit, die starren Maturitätstypen auf der Oberstufe durch ein offeneres System zu ersetzen. Wichtig ist uns aber, dass vorerst schrittweise konkrete Erfahrungen gesammelt werden.

Für entscheidend halten wir, daran festzuhalten, dass an allen Maturitätsschulen anspruchsvolle, jedoch nicht zu einseitige Arbeit geleistet wird, so dass die Maturität weiterhin den prüfungsfreien Zugang zu allen Fakultäten der Hochschule öffnet.

Frage 3.4

Allgemeine Zulassung zu allen akademischen Studien (5.5.1)?

Unsere Antwort

Ja (abgesehen von der sogenannten Diplomstufe)

Mit der Hochschule muss rechtzeitig das Gespräch aufgenommen werden, damit der Übertritt gewährleistet bleibt. Einführungskurse für Studenten, deren Fächerwahl im Gymnasium schlecht auf die nun gewählte Fakultät zugeschnitten war, bejahen wir, lehnen aber Fakultätsprüfungen als Vorbedingung zur Immatrikulation ab.

Frage 4

Beitrag der Hochschulen an die Mittelschulreform (5.5.1; 5.5.4)?

Unsere Antwort

Punkt 5.1.2 aus dem Bericht muss uneingeschränkte Gültigkeit haben: Er lautet: «*Diese Stufe verfolgt ein doppeltes Ziel. Sie sichert den unbehinderten Zugang zu sämtlichen akademischen Studien. Sie erlaubt andererseits eine persönlich geprägte, vertiefte Entwicklung des Schülers*».

Zitat:

«Keinesfalls darf der Lehrplan der Maturitätsschule wegen Sonderwünschen einzelner Fakultäten oder Fachinstitute der Universität überladen werden.»

Antwort zu Punkt 5.5.4

Die Neukonzeption der Maturitätsprüfung wird von uns begrüsst.

Frage 5

Im übrigen verweisen wir auf die Empfehlungen des § 12.

Unsere Antwort

Wir lehnen die zentralistisch gerichteten Empfehlungen 1, 2, 6, 10–16 wegen ihres dirigistischen Charakters ab. Die Schule ist ein lebendiger Organismus, er kann nicht derart vom Schreibtisch aus entworfen werden.

Wir begrüssen die Empfehlungen 3, 4, 5, 7, 8, 9, weil sie einen weitern Rahmen zu grundsätzlichen Informationen, konkrete Möglichkeiten zu Versuchen und neuen angepassten Bestimmungen öffnen.

Ergänzungen des Kantonalvorstandes des Bernischen Lehrervereins zum Fragebogen

zu Zfr. 8, Lehrerbildung

8.4 Stellung des Lehrers

Antwort

Die Ausbildung aller Lehrer muss dringend überprüft werden.

Zitate:

«– In Abschnitt III wird ein Bild vom zukünftigen Lehrer entworfen, das nie der Realität entsprechen wird. Auch der gewissenhafteste und begabteste Lehrer würde von den gestellten Aufgaben bei weitem überfordert (7.1.3; 7.3; 8.4.2; 8.5; 9.2;). Der Lehrer soll offenbar das Kunststück vollbringen, den Widerspruch zu überwinden, auf den wir in der Einleitung hingewiesen haben: den Widerspruch zwischen Massenanstalt und Humanisierung.

– Die wichtigste Voraussetzung ist die Auswahl geeigneter Kandidaten. Diese wird begünstigt durch ein aufgewertetes *Berufsbild* des Lehrers.

– Eine Intensivierung der *Lehrerausbildung*, besonders im didaktischen, psychologischen und soziologischen Bereich, wird begrüsst.

– Wir halten es für richtig, dass im Rahmen eines gesamtschweizerischen Mittelschulkonzepts die *Frage der Primarlehrerausbildung mitbedacht wird.*

– Der verbesserten Lehrerausbildung ist die Priorität einzuräumen. Es sind beide Wege offen zu halten und auszubauen, der über die Maturität und der über das Seminar.

– Der allgemeinbildende Teil der Seminarausbildung sollte ausgebaut werden, bis die Anerkennung des Seminars als musisches oder sozialpädagogisches Gymnasium möglich ist. (Zitat aus der Diskussion im KV).

– Alle Möglichkeiten zur beruflichen *Fortbildung* werden begrüsst. Es muss aber grundsätzlich als Basis die *grösstmögliche Freiwilligkeit* gelten. Der verbindliche Teil der Fortbildung ist bei der Lehrerverpflichtung zu berücksichtigen (Entlastung).»

zu Zfr. 7, Methoden

Antwort

Der Lehrplan muss weiterhin als Wegweiser dienen; er soll dem Lehrer viel Spielraum, besonders auch in der persönlichen Gestaltung des Unterrichts lassen (Methodenfreiheit).

Die Tendenzen, die vorwiegend an operationalisierten Lernzielen orientiert sind, lehnen wir grundsätzlich ab.

Zitat:

«Wir begrüssen alle Lehrplantendenzen, die dem Musischen und den praktischen Arbeiten den nötigen Platz einräumen.»

zu Zfr. 9, Menschliche Beziehungen

Wir unterstützen die folgenden Empfehlnngen (Zitate):

«– Für alle Stufen gelten in starkem Mass die im Bericht formulierten Bedenken gegen eine Entpersönlichung des Unterrichts und gegen die Ungeborgenheit der Schüler in einer unüberschaubaren Schule (9.1.1).

– Keine zu frühe und zu weit geführte Spezialisierung (9.1.1).

– Nach heutigen Erkenntnissen sollen während der obligatorischen Schulzeit die Klassenbestände 25 Schüler nicht überschreiten (Zitat BMV, vom KV erweitert).

– Individuelle Betreuung der Schüler, in erster Linie durch den Klassenlehrer (9.2.1 und 9.2.2).

– Besondere Massnahmen zugunsten von Schülern aus bildungsarmem Milieu (9.2.2).

– Aktivierung der Schulgemeinschaft (9.3), wobei zusätzlich einzuschliessen wäre: Vermehrte aktive Teilnahme und Mitverantwortung der Eltern am Schulgeschehen.

Schlussbemerkungen des Kantonalvorstandes des Bernischen Lehrervereins

Im Bericht «Mittelschule von morgen» sind eine Reihe prüfungswerter Anregungen und Forderungen enthalten, die eine neue und wertvolle Diskussionsbasis geschaffen haben.

Wir sind der Meinung, dass sich verschiedene Postulate schon jetzt innerhalb der bestehenden Schulsysteme verwirklichen lassen, z. B.:

- die Humanisierung und Individualisierung des Unterrichts,
- die vermehrte Durchlässigkeit,
- die Zusammenarbeit zwischen Lehrern, Eltern und Behörden,
- die Teamarbeit der Lehrer,
- der Ausbau des Wahlfachunterrichts.

Dagegen *lehnen wir bestimmt ab:*

- eine dirigistische Zentralisierung und Planung des Schulwesens, die das Eigenleben der Schulen zugunsten von Organisation beeinträchtigen,
- die Mammutschulen, welche die angestrebten Reformideen verhindern,
- einen durch den vorauszusehenden Lehrermangel begründeten Aufschub der verbesserten Lehrerbildung,

- die Einschränkung der Methodenfreiheit durch lernzielorientierten Unterricht (operationalisierte Lernziele),
- die einseitig orientierten Schulversuche,
- die Anonymität des Schülers,
- die Verdrängung des Klassenlehrers in der Betreuung der Schüler.

Für die nächste Zukunft äussern wir folgende *Wünsche:*

- Der SLV bzw. die KOSLO möge über die eingegangenen Stellungnahmen und ihre eigene Antwort an die EDK in den Vereinsblättern orientieren.
- Die EDK wird ersucht, mitzuteilen, was sie mit den erhaltenen Stellungnahmen vorhat.
- Die EDK soll die Lehrerverbände zur Mitarbeit beiziehen, wenn sie an die nähere Prüfung einzelner Anregungen des Berichtes und an die Verwirklichung einzelner Postulate herangeht. Die Lehrerschaft möchte schon im Planungsstadium massgeblich mitberaten können.
- Die Organe der KOSLO werden gebeten, sich für die Verwirklichung der letzt genannten Wünsche einzusetzen.

Kantonalvorstand des BLV
Der Präsident: *K. Vögeli*
Der Zentralsekretär: *M. Rychner*

Kantonale Primarlehrer-Kommission

Sitzung vom 5. Dezember 1973

Die Kommission schlug im Einvernehmen mit dem Lehrerinnenverein Frl. Eva Imer, Alchenstorf, zur Wahl in die Pädagogische Kommission des BLV vor. Ein Dreierausschuss des BLV soll sich zuhanden der Erziehungsdirektion mit Fragen des Verhaltens auf Schulreisen und in Schullagern beschäftigen. Die Primarlehrer-Kommission schlägt Herrn Kurt Lüthi, Melchnau, zur Wahl vor.

Wir nahmen Kenntnis davon, dass eine Gruppe von Primarschulvorstehern zu einer Konferenz eingeladen hat. Diese soll die Entschädigung für administrative Arbeit an den Primarschulen im Rahmen der neuen kantonalen Besoldungsordnung besprechen. Der Präsident der Primarlehrer-Kommission wird daran teilnehmen.

Wir bereinigten die Unterlagen für das Arbeitsprogramm unserer Organisation und besprachen das weitere Vorgehen. Ein Kommissionsmitglied orientierte uns über den Unwillen, den die Praktiken einer Privatschule in einigen Kollegien geweckt haben. Wir beschlossen, beim Kantonalvorstand BLV eine Untersuchung der Angelegenheit anzuregen.

Die Primarlehrer-Konferenz der Stadt Bern fordert eine Revision der Unterrichtszeit an der Unterstufe der Primarschule. Entsprechende Gesuche sind schon früher von den Sektionen Thun und Köniz eingereicht worden. Unsere Kommission bat die Leitung des BLV, diese Revisionsbegehren zu unterstützen.

Im nächsten Jahr sind acht Kommissionssitzungen und zwei Präsidenten-Konferenzen vorgesehen. Wir hoffen, dass viele Lehrer an Primarschulen neben ihrer täglichen Unterrichtsarbeit noch Zeit und Kraft finden werden, sich mit den Problemen der Schule als Ganzes zu beschäftigen.

Der Präsident: *Moritz Baumberger*

Primarlehrer – Präsidentenkonferenz

Am 21. November 1973 berieten in der Aula der Primarschule Liebefeld die Primarlehrerpräsidenten der Sektionen des Bernischen Lehrervereins die Geschäfte ihrer Organisation. Der Konferenzpräsident, Hans Lang, Spiegel, konnte neben den Vertretern von 24 Sektionen und den Mitgliedern der kantonalen Primarlehrer-Kommission auch einige Mitglieder des Kantonalvorstandes BLV und den Zentralsekretär begrüssen. Als Gast war ebenfalls Rudolf Strahm anwesend, der massgebend an der Schaffung einer Primarlehrer-Organisation beteiligt gewesen war.

Trotz vielfältigen Bemühungen ist es immer noch nicht gelungen, eine welsche Kollegin oder einen welschen Kollegen zu finden, die bereit wären, den Jura in der kantonalen Primarlehrer-Kommission zu vertreten. So genehmigte die Versammlung einstimmig den Vorschlag der Société pédagogique jurassienne, bis zur Wahl eines offiziellen Vertreters einen Abgeordneten des Zentralkommitees SPJ an den Sitzungen der Primarlehrer-Kommission teilnehmen zu lassen.

Deren Präsident berichtete von der Tätigkeit der Kommission. Kurzberichte erscheinen regelmässig im Berner Schulblatt. In mehreren Fällen konnte sich die Kommission wirksam für die Anliegen der Primarschule einsetzen. Die Zusammenarbeit mit den anderen Organen des BLV funktioniert in der Regel gut, Schwierigkeiten konnten sachlich erörtert werden. Die Kommission ist dankbar für Kritik und Anregungen von Kollegen und Kolleginnen aus dem ganzen Kanton. Sie kann an der Lösung von Problemen nur mitarbeiten, wenn ihr diese vorgelegt werden. So sammelt sie auch gerne Anregungen, die das Ziel haben, die Bestimmungen des neuen Primarschullehrplanes an die veränderten Verhältnisse anzupassen.

Haupttraktandum der Konferenz war das Arbeitsprogramm. Es liegt uns sehr daran, dass die bernischen Primarlehrer die Anstrengungen ihrer Organe zum Wohle der Primarschule unterstützen und an der Reform der Schule aktiv mitwirken. Nur so ist es möglich, die Entwicklung in eine Richtung zu lenken, welche dem Willen eines grossen Teils der Lehrerschaft entspricht.

Die Konferenz stimmte den Anträgen der Kommission zu, in den Sektionen Probleme der Schulfinanzen und der Lehrerausbildung zu diskutieren. Die vorgelegten Entwürfe für Arbeitspapiere wurden einer gründlichen Kritik unterzogen und durch viele wertvolle Anregungen bereichert. Sie sollen überarbeitet und im Januar den Sektionen als Diskussionsgrundlagen zugestellt werden.

Die erste Arbeitsunterlage enthielt Angaben über die finanzielle Benachteiligung der Primarschulen und einen Katalog von Forderungen. Es war nun interessant zu vernehmen, dass die Schulen in den verschiedenen Gemeinden sehr unterschiedliche Mittel erhalten. In der Diskussion wurde der Einwand vorgebracht, dass wir von den Bedürfnissen des Kindes ausgehen müssten und nicht vom Vergleich mit anderen Schulen. Es komme vor allem auf den Lehrer an, nicht auf das für Schulmaterial ausgegebene Geld. Ja, entgegnete ein anderer Diskussionsteilnehmer, aber mit besserem Material könne eben ein guter Lehrer doch besser unterrichten, mit besserem Material könne ein Schüler besser lernen. Eine zweite Arbeitsunterlage enthielt Thesen zur Lehrerausbildung und eine dritte als Illustration dazu einige

Schulmodelle mit Vorschlägen für die Organisation einer entsprechenden Lehrerausbildung. Da der Lehrerverein gegenwärtig eine Arbeitsgruppe einsetzt, welche kurzfristig Anträge für die Verbesserung der bernischen Primarlehrerausbildung erarbeitet soll, und angesichts des im nächsten Jahr erwarteten Berichtes der EDK-Kommission «Lehrerbildung von morgen» wurde die Befürchtung geäussert, dass die Arbeit in der Primarlehrer-Organisation diejenige der anderen Gruppen konkurrenzieren könnte. Es wurde auf die Gefahr hingewiesen, dass einfach die Zahl unverbindlicher Ausbildungsmodelle und schönklingender Forderungen vermehrt werde, ohne dass tatsächlich etwas geschehe. Andererseits ist in letzter Zeit mehrmals gesagt worden, die Primarlehrer seien selber daran schuld, dass ihre Ausbildung nicht verlängert worden sei, weil sie sich nicht hätten einigen können. So beschloss die Konferenz einstimmig, die Lehrer an den bernischen Primarschulen grundsätzlich zur Frage der Verlängerung und Neukonzeption ihrer Ausbildung Stellung nehmen zu lassen. Eine eindeutige Willenskundgebung kann der Leitung des Lehrervereins und den politischen Behörden nur willkommen sein.

Die Primarlehrer-Kommission hofft, dass während der nächsten Monate in vielen Lehrerkollegien diskutiert wird und dass recht viele Stellung zu den gestellten Fragen nehmen werden.

Unter Verschiedenem wurde gefragt, ob die Primarlehrer-Kommission ebenso wie andere Stufenorganisationen vom BLV aufgefordert worden sei, Anträge zur Verbesserung des Lehrerbesoldungsgesetzes zu stellen und ob sie diese Gelegenheit benützt habe. Ihr Präsident erklärte, dass er keine solche Aufforderung erhalten habe, dass die an die Sektionen BLV gerichtete Aufforderung jedoch im Schulblatt zu lesen gewesen wäre.

Zum Schluss wurden die Primarlehrerpräsidenten noch auf die Versammlung der Primarschulvorsteher hingewiesen, welche am 14. Dezember die kantonale Regelung ihrer Entlastung und Entschädigung besprechen wird.

Moritz Baumberger, Präsident
der Primarlehrer-Kommission

Wie projektiere ich Religionsunterricht?

Ich glaube nicht, dass am Ende dieses Kurses jeder der 25 Teilnehmer imstande ist, für seine Klasse einen «Arbeitsplan» im Fach Biblische Geschichte für ein Quartal auszuarbeiten. Dazu brauchte er einen mindestens ebenso langen Urlaub!

Aber es wird wohl bei allen klar geworden sein, dass «Religion» nicht etwas Aussterbendes auf dem Abstellgeleise der Kultur und Gesellschaft ist, sondern zentral mit dem Leben (dem seinigen und dem der Schüler) zu tun hat.

Den Schüler dort «abholen», wo er sich in seinem Denken und Erleben befindet und curricular zum Lernziel zu führen, ist (wenigstens für mich) eine «höhere Kunst». Entdeckt zu haben, dass Unterrichtsplanung (ganz besonders für ein Fach, das wie kein anderes mit allen Bereichen des Lebens zu tun hat) nicht eine einmalige, abgeschlossene Sache ist, lässt hoffentlich alle auf dem eingeschlagenen Wege weitersuchen. Wenn dieses Weitergehen weiterhin unter Anleitung von Professor K. Wegenast sein darf, wird es ein freudiges und kurzweiliges sein! *bz*

Vereinigung ehemaliger Schülerinnen des Städtischen Lehrerinnenseminars Marzili

40 Jahre sind es her, seit die Vereinigung ehemaliger Schülerinnen des Städtischen Lehrerinnenseminars Marzili gegründet wurde. Drei der Gründerinnen konnten an der 40. Hauptversammlung mit Blumen begrüsst werden.

Festliche Stimmung kam an dieser Jubiläumshauptversammlung auf mit der musikalischen Einleitung, die durch die ehemalige Marzilischülerin Rosemarie Burri, Pianistin, mit Ausdruck und grossem technischen Können dargeboten wurde.

Nach der raschen und reibungslosen Abwicklung des geschäftlichen Teils erzählte Frau Käthi Zimmermann-Indermühle, ebenfalls eine Ehemalige, in frischer und kurzweiliger Weise über die Schulprobleme im Entwicklungsland Indonesien. Staunend vernahm die zahlreiche Zuhörerschaft, dass in Indonesien der Kindergarten mit 3 Jahren beginnt und die Kinder auf den obligatorischen Schuleintritt vorbereitet. Das Kind kann in die Schule eintreten, wenn es lesen, schreiben und etwas rechnen kann. Da es viel zu wenig Lehrer hat, unterrichtet ein Lehrer nacheinander drei Parallelklassen im Tag, in jeder Klasse sitzen gegen 80 Kinder. Es mangelt an Stühlen, Büchern und Material. An Basteln und Zeichnen kann wegen den Materialkosten nicht gedacht werden. Deshalb besteht der Unterricht aus Erzählen, Abschreiben und Auswendiglernen, aber auch das Singen wird gepflegt. Trotz den ungünstigen Verhältnissen ist der Lernwille gross, die Schule ist für die Kinder ein Fest; kaum ein Kind verlässt sie freiwillig nach 6 Jahren Volksschule. Viele drängen sich an die anschliessende 3jährige untere und nachher an die obere 3jährige Mittelschule. Schulbildung verhilft den Indonesiern zu Ansehen und Macht, die Arbeit mit der Hand ist verpönt.

Berührt wurden wir alle von den Schilderungen von Einzelschicksalen. Frau Zimmermann erzählte vom Studenten, der völlig mittellos sich selber das Studium finanzierte und sich aus den Früchten eines kleinen, selbstangelegten Gärtchens ernährte. Sie berichtete vom nackten Existenzkampf des Lehrers, der für seine Arbeit Fr. 20.— monatlich erhielt, wobei 1 kg Reis umgerechnet schon ca. 70. Rp. kostete. Sie erzählte von der Dorflehrerschaft, die jeden Monat einen Lehrer persönlich in die Stadt schickte, um den Lohn zu holen, der sonst nicht ankam. Es war dabei ein Weg von 3 Tagesmärschen zurückzulegen, 2 davon durch den Urwald.

Bewegt und aufgerüttelt kehrten wir alle in unser relativ so reiches Zuhause zurück. *m. s.*

Redaktionelle Mitteilungen

Am 4. Januar 1974 erscheint die Schweizerische Lehrerzeitung ohne Berner Schulblatt. Ab 11. Januar erscheinen beide Zeitungen wieder gemeinsam.

Die Mitarbeiter-Honorare für die Zeit vom Oktober bis Dezember 1973 werden in der ersten Hälfte des Monats Januar ausbezahlt. Nach einem Beschluss des Kantonalvorstandes werden Guthaben unter Fr. 4.– einer Wohlfahrtsinstitution überwiesen (Lehrerwaisen-Stiftung des SLV, Nyafaru-Schulhilfe BLV, Kinderdorf Pestalozzi in Trogen, Pro Infirmis u. a.). *H. A.*

Dans les sections

Bienne – La Neuveville

Synode d'automne

Administration...

Le vendredi 23 novembre 1973, par une fin de journée grise et froide, une septantaine d'enseignants ont été salués dans la salle communale de Lamboing par Mme *M.-P. Walliser*, présidente.

Les premiers points de l'ordre du jour sont rapidement passés en revue:

– 28 nouveaux collègues sont admis par acclamations dans la section, tandis que 21 anciens nous quittent;

– 4 collègues sont chaleureusement applaudis pour 25 années d'enseignement;

– la caisse boucle avec un excédent de recettes et les comptes sont approuvés sans difficulté.

Mme Walliser informe ensuite l'assemblée de l'activité du comité:

– le dossier «caisse maladie du corps enseignant» a été transmis au Comité cantonal;

– notre section possède une petite avance en ce qui concerne la mise en place d'une association groupant uniquement les enseignants primaires, puisqu'un comité est déjà constitué;

– le Cartel biennois s'est désigné un nouveau président en la personne de M. Ch. Zürcher, professeur au Gymnase de Bienne;

– trois séances de la commission de coordination ont permis de résoudre le problème contesté des vacances de Noël et de répartir définitivement les vacances pour l'année 1974/75 dans les classes romandes de Bienne, soit 3 semaines au printemps 1974, 6 semaines en été (plus une semaine obligatoire pour le perfectionnement du corps enseignant), 2 semaines en automne et, comme par le passé, 3 semaines à Noël.

En outre, une circulaire émanant du Comité cantonal SEB demande à chaque section de resserrer les liens entre enseignants. Les groupes minoritaires – maîtresses d'ouvrages et ménagères, etc. – devraient être plus soutenus et associés à la vie de la section.

Pour en finir avec ce chapitre des communications, Mme Walliser informe l'assemblée qu'elle aura, lors du synode de mars, à désigner de nouveaux membres au comité de section, quatre de ceux-ci arrivant au terme de leur mandat.

... et rapports

Mme *Allemand* prend ensuite la parole afin de rendre compte du travail du groupe d'étude qu'elle préside et dont l'objet de réflexion est le droit des enseignants. La discussion qui suivit l'exposé de notre collègue ne suscita pas un enthousiasme délirant; cependant, la majorité de l'assemblée soutint la proposition de M. Schwab de reconduire le mandat de ce groupe de travail, en développant particulièrement le thème du droit à la participation.

Le second rapporteur à prendre la parole est M. *Ch. Ammann* qui, dans sa fonction de représentant de notre section au Comité SPJ, brossa, en un large tour d'horizon, le tableau complet des activités SPJ. Cette dernière, sous la présidence de M. P. Jelmi, est en voie de réaliser les deux premières thèses du rapport Girardin, soit la désignation d'une zone pilote pour l'expérimentation de l'école globale et l'établissement d'un cahier des charges concernant le droit des enseignants. La commission relative à ce dernier objet est en voie de constitution. Quant au perfectionnement, la SPJ estime que les enseignants doivent participer à l'élaboration des cours, qu'ils peuvent en outre proposer de nouveaux cours qui seront mis sur pied dans la mesure du possible. Le Comité SPJ désapprouve en revanche nettement le livret de cours, qui ne doit pas être une fin en soi; l'enseignant doit pouvoir en disposer librement; si l'élaboration d'un fichier central est nécessaire, celui-ci devrait être entouré des garanties suivantes:

– accessible seulement aux responsables du Centre de perfectionnement;

– inaccessible aux inspecteurs, à la DIP, aux commissions d'école.

M. Ammann nous apprend ensuite que la première partie des travaux de CIRCE II est terminée et que le rapport intermédiaire est déposé. Les sous-commissions pour l'élaboration des programmes-cadres sont constituées et ont déjà siégé à une ou deux reprises.

L'avenir de la SPJ...

L'étude de nos relations avec la SEB voit M. Ammann être le porte-parole d'une proposition du comité directeur, visant à repourvoir le poste laissé vacant par le départ de M. Rickli par la nomination d'un secrétaire-adjoint SEB de langue française. Ce dernier, élu par le Comité cantonal sur proposition de la SPJ, serait disponible à 50% pour les affaires jurassiennes et à 50% selon les besoins. Son salaire serait à charge de la SEB. L'aménagement d'un éventuel bureau dans le Jura serait du ressort de la SPJ.

M. Berthoud intervient alors pour demander une motion d'ordre visant à ne prendre position sur ce dernier objet qu'après avoir entendu M. Haeberli, président de la commission de revision des statuts SPJ, nous faire part des résultats du travail de son groupe. La motion étant acceptée, c'est M. *Haeberli*, maître secondaire à La Neuveville, qui prend la parole. Il s'emploie à expliquer les motivations profondes qui ont conduit le Comité SPJ et son groupe de travail à mettre sur pied une réforme, et non une révolution ou une «réformette», pour donner plus de dynamisme et d'efficacité à la SPJ. Il n'y a là aucune incitation à une quelconque scission, puisqu'une des options fondamentales est de sauvegarder l'unité de la société. Il va de soi que tout ou partie des nouveaux statuts SPJ entraînerait forcément quelques changements aux statuts SEB.

Ces précisions étant apportées par M. Haeberli, une discussion très nourrie prend naissance, qui met aux prises les partisans de prérogatives syndicales et pédagogiques à la nouvelle SPJ et ceux du statu quo. La nomination du secrétaire-adjoint, quant à elle, ne semble dans le fond soulever aucune opposition; la forme, elle, suscite quelques amendements. Mais, finalement, la proposition officielle – nomination par le Comité cantonal, selon proposition de la SPJ – est acceptée.

Les discussions pédagogiques auraient dû se poursuivre par le rapport sur «L'école secondaire de demain», que

Mlle *Wüst*, rapporteur, a bien voulu accepter de renvoyer aux tractanda du prochain synode de printemps.

... et nouveaux salaires

La soirée, bien que fort avancée déjà, se poursuit par un exposé de Mme Walliser, présidente, qui fait part du résultat de l'enquête concernant les nouveaux salaires. La garantie du salaire acquis étant dorénavant liée au poste complet, il s'ensuit quelques cas particuliers qu'il sera nécessaire de traiter individuellement.

Quelques problèmes demeurent en suspens. Particulièrement, le mode de payement du 13e mois de salaire, que notre section va s'efforcer d'obtenir globalement pour la fin de l'année. Il semblerait également que, pour le calcul de nos années d'ancienneté, une coordination reste à établir, puisque la ville de Bienne ignore tout de nos heures d'enseignement. Le comité, en accord avec les autres sections, tendra à réaliser ou à obtenir une régionalisation du calcul des traitements des enseignants, afin de maintenir le plus possible une certaine souplesse.

Enfin, dans les divers, M. *A. Frésard*, instituteur à Evilard, propose à l'assemblée que nos traitements nous soient versés le 25 du mois au plus tard. Cette proposition trouve l'agrément de la majorité des collègues présents, si bien qu'elle sera soumise aux comités des autres sections, puis acheminée à qui de droit.

La section renonce, pour l'instant, à participer à l'Association des amis de J.-J. Rousseau.

Pour conclure

Mme Walliser, remerciant chacun, clôture les débats vers 20 heures.

La partie récréative, à laquelle prirent part quelque vingt-cinq collègues, se déroula à l'Hôtel des Gorges, à Lamboing. Et, rapidement, aux fatigues d'une partie administrative ardue, fit suite une atmosphère tout empreinte de bonne humeur.

Jean-Pierre Eichenberger

Centre de perfectionnement du corps enseignant

Programme de cours 1974

Le programme des cours et manifestations, organisés en 1974 par le Centre de perfectionnement, sortira de presse à la fin de l'année. Il sera adressé à tous les membres du corps enseignant, par l'intermédiaire des écoles, au début du mois de janvier.

Les enseignants qui n'auraient pas reçu ledit programme, ou toute autre personne intéressée, pourront, dès le 10 janvier, en demander un ou plusieurs exemplaires au Centre de perfectionnement, Rue de l'Hôtel de Ville 16, 2740 Moutier (tél. 032 93 45 33). Le délai d'inscription est fixé au 15 février.

Ce programme contient les matières suivantes:

I. Schéma du perfectionnement.

II. Extraits des dispositions légales en vigueur.

III. Liste des organes du Centre, associations et institutions qui ont collaboré à l'organisation des cours.

IV. Renseignements généraux.

V. Cours et manifestations organisés:

1. Formation d'animateurs (9 cours).
2. Semaine du 24 au 28 juin (73 cours d'une semaine).
3. Cours de recyclage (58 cours).
4. Formation continue et acquisition de techniques particulières (61 cours).
5. Groupes de travail formés par d'autres institutions.

VI. Cours et manifestations organisés par d'autres institutions.

VII. Indications au sujet du programme des cours et manifestations pour l'année 1975.

Le Centre de perfectionnement du corps enseignant reste à disposition pour tous les renseignements complémentaires désirés.

Avis de la rédaction

Ce numéro-ci de *L'Ecole bernoise* est le dernier de l'année 1973. Il y aura ensuite, pendant les vacances d'hiver, une interruption de trois semaines dans la publication de notre journal corporatif. Le prochain numéro portera donc la date du 11 janvier 1974.

Les décomptes des honoraires, pour collaboration à *L'Ecole bernoise* durant le trimestre octobre-décembre, seront transmis dès ces prochains jours au Secrétariat SEB. Le paiement des sommes dues devrait donc se faire au plus tard jusqu'au 15 janvier 1974. Rappelons que, sur décision du Comité cantonal, les montants inférieurs à 4 francs seront affectés à des œuvres de bienfaisance en rapport avec l'enseignement et l'éducation. *F. B.*

Mitteilungen des Sekretariates

Aus den Beratungen des Kantonalvorstandes BLV

Sitzung vom 12. Dezember 1973
Vorsitz: Kurt Vögeli

Schulreisen, Skilager usw. Im Einverständnis mit der ED wird nächstens im Berner Schulblatt eine Warnung gegen gewisse Unvorsichtigkeiten erscheinen, die zu Bedenken Anlass geben. – Ein Dreierausschuss wird in Zusammenarbeit mit andern Fachleuten ein Merkblatt

Communications du Secrétariat

Extrait des délibérations du Comité cantonal SEB

Séance du 12 décembre 1973
Présidence: M. Kurt Vögeli

Courses scolaires, camps de ski, etc. En accord avec la DIP, nous publierons sous peu dans «L'Ecole bernoise» une mise en garde contre des imprudences qui donnent à réfléchir. – Un groupe de trois personnes rédigera un mémoire en collaboration avec d'autres experts; il sera

ausarbeiten; es wird allen Lehrern und andern interessierten Kreisen zur Verfügung gestellt werden.

Ausbildung der Primarlehrer. Die Nominationen für die Arbeitsgruppe sind noch nicht alle eingetroffen.

Der nächste Informationsabend über die «Seminaristische Lehrerausbildung» findet voraussichtlich am 16. Januar 1974 statt. Referent *Dr. F. Müller*, Seminardirektor, Thun.

Besoldung, Besitzstand. Der KV verlangt eine verständnisvolle Interpretation des Begriffs «Besitzstand». Die Nachteuerungszulage soll z. B. nicht zum Abbau des Besitzstandes verwendet werden (s. den Standpunkt der Behörden im letzten Berner Schulblatt).

Weiter soll die Altersentlastung auch beim Fehlen weniger Lektionen gewährleistet sein. Vorbild: Regelung für die Versicherung im Dekret vom 17. 9. 1973 über die BLVK.

Der wissenschaftliche Berater der BLVK, *Dr. H. Schmid*, hat seine Berechnungen betr. Herabsetzung des fakultativen Rücktrittsalters noch nicht beendet.

Wählbarkeit der Lehrer in den Grossen Rat (Abstimmung vom 1./2. Dezember 1973). Die gute Annahme des erweiterten Art. 20 der Staatsverfassung hat der KV mit Genugtuung zur Kenntnis genommen (124 726 Ja, 72 281 Nein). Er dankt allen, die die Vorlage aktiv unterstützt haben.

Pädagogische Kommission. Frl. *S. Stauffer*, Biel, ist aus der PK zurückgetreten. Der KV dankt ihr für die guten geleisteten Dienste und wählt Frl. *Eva Imer*, Lehrerin, Alchenstorf, als Nachfolgerin.

Sekretariat. Anschaffung einer elektrischen Schreibmaschine, Marke IBM Standard. – Weiterhin Personalmangel.

Studentenheim: Der KV dankt dem zurücktretenden Heimleiter *Fritz Zumbrunn* herzlich für die seit der Gründung des Heimes geleistete Arbeit. Er bestätigt die Wahl der Heimkommission; sie ist auf *Kurt Schenk*, Primarlehrer, Bern-Enge, gefallen. Amtsübergabe auf 1. Januar 1974.

Der Zentralsekretär: *Marcel Rychner*

remis à tous les enseignants et à d'autres personnes intéressées.

Formation du corps enseignant primaire. Les nominations pour le groupe de travail ne sont pas encore toutes connues.

La prochaine soirée d'information aura probablement lieu le 16 janvier 1974. Sujet: la formation normalienne. Conférencier: M. Dr F. *Müller*, directeur EN Thoune.

Traitements, assurance. Le Comité exige une interprétation généreuse de la notion de «situation acquise». Les allocations complémentaires de cherté ne doivent par exemple pas servir à éponger la somme garantie au départ. (Voir le point de vue des autorités dans la dernière EB.)

D'autre part, la décharge pour raison d'âge doit intervenir même en cas de programme légèrement réduit. On donne en exemple la formule inscrite, pour l'assurance, au décret du 17. 9. 1973 relatif à la CACEB.

L'expert scientifique de la caisse, le Dr *H. Schmid*, n'a pas encore terminé ses calculs relatifs à un abaissement éventuel de l'âge de la retraite facultative.

Eligibilité des enseignants au Grand Conseil. C'est avec satisfaction que le Comité a pris connaissance du beau résultat de la votation populaire des 1er/2 décembre concernant l'amendement apporté à l'art. 20 de la Constitution cantonale (124 726 oui, 72 281 non). Le Comité remercie tous ceux qui ont soutenu activement le projet.

Commission pédagogique de l'ancien canton. Le Comité remercie Mlle *S. Stauffer*, institutrice, Bienne, qui a démissionné, du bon travail accompli au sein de la commission pédagogique. Il nomme Mlle *Eva Imer*, institutrice, Alchenstorf.

Secrétariat. Achat d'une machine à écrire électrique, marque IBM standard. – La pénurie de personnel persiste.

Home d'étudiants. Le C.c. remercie chaleureusement M. *Fritz Zumbrunn*, démissionnaire, du travail accompli comme gérant depuis la création du home. Il confirme le choix de la commission du home, qui s'est porté sur M. *Kurt Schenk*, instituteur, Berne-Enge. Remise des fonctions au 1er janvier 1974.

Le secrétaire central: *Marcel Rychner*

Besoldungsauszahlung

1. Am 6. Dezember haben wir der Finanzdirektion geschrieben, um sie zu bitten, das Nötige zu veranlassen, damit die Besoldungen vor Monatsende angewiesen werden (im Dezember vor Weihnachten); der Lehrer soll spätestens am 30. oder 31. darüber verfügen können, möglichst aber vorher.

2. Das Personalamt hat uns unter dem 11. Dezember folgendes mitgeteilt:

«Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 6. Dezember 1973 und teilen Ihnen mit, dass wir von Ihren Ausführungen Kenntnis genommen haben.

Die Staatsanteile der Besoldungen der Lehrerschaft werden durch das Personalamt schon seit Jahren auf Monatsende ausbezahlt. Die Übernahme sämtlicher Besoldungsauszahlungen, die der Grosse Rat ja entgegen dem Antrag der Regierung dem Kanton überbunden hat, muss deshalb zwangsläufig an den gleichen Terminen erfolgen, da das Personalamt zuvor die Besoldungen

Versement des salaires

1. Le 6 décembre, nous avons écrit à la Direction des finances pour lui demander de faire le nécessaire afin que les traitements soient versés ou virés avant la fin du mois, (en décembre avant Noël); l'enseignant doit pouvoir en disposer au plus tard le 30 ou 31, si possible même auparavant.

2. Voici la réponse de l'Office du personnel, du 11 décembre (traduction libre M. R.):

«Votre lettre de 6 décembre nous est bien parvenue; elle a retenu toute notre attention.

La part de l'Etat au traitement des enseignants leur est versée *à la fin du mois*, depuis des années, par les soins de l'Office du personnel. Depuis que le Grand Conseil, contre l'avis du Conseil-exécutif, a chargé l'administration cantonale de verser les salaires intégraux à la totalité des enseignants, c'est forcément la même date qui s'impose; en effet, l'Office du personnel doit d'abord servir le traitement aux autres salariés de l'Etat; les machines

für das übrige Personal ausbezahlen muss und der Maschinenpark die diversen Vorarbeiten für die Auszahlungen der Besoldungen der verschiedenen Personalkategorien nur hintereinander bewältigen kann.

Die Übergabe jeweils am drittletzten Tage eines Monats an die Post hat zur Folge, dass die Lohnempfänger bei Auszahlung durch die PTT am letzten oder sogar zweitletzten Tag in den Besitz ihrer Besoldung kommen.

Anders geht es aber bei den Banken, die die Eingänge vorerst verbuchen und erst dann den Eingang des Lohnes dem Kontoinhaber melden. Dies dauert – wie die letzten Beispiele gezeigt haben – nun leider drei bis vier weitere Tage.

Eine frühere Auszahlung könnte, abgesehen von der Kollision mit den übrigen Besoldungsauszahlungen, allein schon deswegen nicht erfolgen, weil die April- und Oktoberbesoldungen infolge der grossen Mutationen alle diese Tage für die Vorarbeiten nötig machen.

Was die Auszahlung der Dezemberbesoldung anbetrifft, so war es auch seit jeher so, dass alle Auszahlungstermine vorverschoben wurden.

Auf diese Art und Weise können die Lehrerbesoldungen der Post bereits am 19. des Monats zur Auszahlung übergeben werden, so dass die PTT die Zahlungen am 20. und 21. wird vollziehen können. Die Banken werden ihre Kontoinhaber aber aller Voraussicht nach erst nach Weihnachten orientieren, was wir leider nicht weiter beeinflussen können.»

3. Am 12. ds. haben wir das Personalamt ersucht, die Auszahlungen auf neue Postchecks oder Bankkonti möglichst alle schon im Dezember vorzunehmen. Der Betrag, den sonst der Postbote ins Haus bringen wird, nämlich rund 2½ normale Monatsbetreffnisse, kann sonst leicht zu Missverständnissen und ungerechten Kommentaren führen.

Auf diese Bitte wurde uns geantwortet, die Überweisung auf ein solches Konto sei im Dezember meistens nur in den Fällen möglich, wo sie schon für Oktober so erfolgt sei. *Die diesbezüglichen Mitteilungen, die erst seither eingetroffen sind, werden gegenwärtig (13. Dezember) im Hinblick auf die Januarbesoldung verarbeitet.*

Wer also noch Berücksichtigung finden will, soll sich beeilen und alle nützlichen Angaben liefern: Name, Vorname, genaue Adresse, AHV-Nummer, Funktion (Stufe usw.), Postcheckkonto oder Name und Postcheckkonto der Bank, interne Kontonummer, bisherige Adresse usw.

4. Wir haben heute persönlich Gelegenheit gehabt, uns an Ort und Stelle von den schwierigen Arbeitsbedingungen im Personalamt zu überzeugen. *Das schwerste Handicap besteht in den verspäteten und ungenauen Mutations- und Pensenmeldungen.* Die Besoldung wird nur ausbezahlt, wenn das Personalamt *sowohl* den Wahlakt *als auch* die Pensenmeldung besitzt.

Eine Abordnung BLV wird Gelegenheit haben, das Personalamt während der kritischen Januartage zu besichtigen und sich über die Phasen der langen und komplizierten Arbeit zu informieren, die es braucht, damit nahezu 10 000 Lehrer rechtzeitig den richtigen Lohn empfangen.

Sollte ein Kollege oder eine Kollegin infolge der eingetretenen Verspätungen ernsthaft in Schwierigkeiten kommen, so erinnern wir daran, dass der BLV ihnen rasch und ohne grosse Formalitäten aushelfen kann.

Der Zentralsekretär: *Marcel Rychner*

à disposition ne permettent pas de faire le travail en un jour. Il faut répartir l'opération sur un certain temps.

C'est le troisième jour, à compter de la fin du mois, que les avis de paiement sont remis à la poste; celle-ci est à même de remettre l'argent à domicile le dernier, voire même l'avant-dernier jour du mois.

Quant aux banques, elles procèdent d'abord à l'enregistrement des montants virés; ce n'est qu'ensuite qu'elles en avisent le propriétaire du compte. Les derniers exemples ont démontré que ceci exige souvent trois à quatre jours, ce qui est regrettable.

Il ne nous serait pas possible d'avancer les paiements, pour deux raisons: Premièrement, le personnel et les machines sont absorbés par les travaux pour les autres catégories de salariés. Deuxièmement, en avril et octobre, les très nombreuses mutations dans le corps enseignants posent des problèmes pour la solution desquels le mois presque entier n'est pas de trop.

Pour décembre, nous avons toujours avancé la date. Nous remettrons les ordres aux PTT le 19, de sorte qu'ils puissent être exécutés les 20 et 21. Les banques, par contre, ne pourront vraisemblablement aviser leurs clients qu'après Noël; mais ceci ne dépend pas de nous.»

3. Le 12 courant, nous avons demandé à l'Office du personnel de faire en sorte que les versements s'effectuent dès décembre sur les comptes postaux ou bancaires indiqués par les ayants droit. Sinon, la somme qui sera distribuée par le facteur en décembre risque de donner lieu à des malentendus et à des commentaires injustes; en effet, elle équivaudra à environ 2½ mois de salaire. La réponse reçue est que seuls les enseignants dont le traitement était adressé à un compte postal ou bancaire dès octobre seront servis par cette voie, en décembre. *Pour les autres, qui se sont annoncés depuis, le travail préparatoire est en cours (13 décembre) en vue des versements de janvier.*

Si vous désirez être pris en considération, dépêchez-vous et donnez toutes les indications utiles: nom, prénom, adresse exacte, numéro AVS, fonction (degré, etc.), c. ch. postal ou nom et c. ch. p. de la banque, numéro interne de votre compte, ancienne adresse, etc.

4. Nous nous sommes rendu personnellement dans les bureaux de l'Office et avons dû constater nous-même les conditions difficiles dans lesquelles ce travail se fait. *Le handicap le plus sérieux consiste dans les retards et les inexactitudes dont sont affectés les avis de mutation.* Le salaire n'est versé que si l'Office du personnel est en possession de l'acte de nomination *et* des indications relatives au programme de l'enseignant.

Une délégation SEB aura l'occasion de visiter l'Office du personnel pendant les journées critiques de janvier et de s'informer sur les phases du travail, long et compliqué, qui est nécessaire pour que près de 10 000 enseignants touchent leur dû en temps utile. Nous publierons un rapport à ce sujet.

Au cas où un(e) collègue aurait des difficultés sérieuses à cause des retards intervenus, nous rappelons que la SEB est à même de le ou la dépanner rapidement, sans grandes formalités.

Le secrétaire central: *Marcel Rychner*

Vereinsanzeigen – Convocations

Einsendungen für die Vereinsanzeigen in der Nr. 2 müssen spätestens bis *Freitag, 4. Januar 7 Uhr* (schriftlich) in der Buchdruckerei Eicher & Co., Postfach 1342, 3001 Bern, sein. Dieselbe Veranstaltung darf nur einmal angezeigt werden.

Beratungsstelle für das Schultheater. Die Beratungen werden vom *3. Januar* bis *2. Februar 1974* jeden Nachmittag durchgeführt. Die Interessenten werden gebeten, ihre Auswahl innerhalb dieser Frist zu treffen.

Die **Trachtengruppe Meikirch** sucht

Dirigentin

oder

Dirigenten

Wer Freude hat, mit uns vor allem schlichte Volkslieder zu singen, der melde sich bei

Frau V. Oppliger-Moser, 3045 Meikirch
Telephon 82 03 26

Vient de paraître

«Guide pour l'enseignement du dessin»

1re à 9e années, 300 leçons par **Laurent Boillat,** maître de dessin

Prix Fr. 20.—

A commander chez l'auteur

2800 Delémont
2, route de Porrentruy

Kantonales Technikum Biel

Aufnahmeprüfung

an die

Technikerschule

für Werkzeugmaschinen und Fertigungstechnik

Ausbildungsniveau:
Die Technikerschule vermittelt eine Ausbildung, die zwischen der Stufe des Ingenieur-Technikers HTL und der Stufe des Betriebsfachmanns, beziehungsweise des Facharbeiters liegt.

Ausbildungsziel:
Ausbildung von Technikern, die in der Lage sind, Fertigungsverfahren zu optimieren, Betriebsmittel zu automatisieren, sowie bestehende Maschinen durch konstruktive Anpassungen in integrierte Fertigungssysteme einzubauen.

Ausbildungsschwerpunkt:
Dieser liegt auf dem Gebiete der Werkzeugmaschinen und Fertigungstechnik.

Ausbildungsdauer: 2 Jahre (4 Semester)

Anmeldetermin: 6. Februar 1974

Prüfungsdatum: 25./26. Februar 1974
Beginn des 1. Semesters: 11. November 1974

Anmeldeformulare, Informationsschrift und Auskunft:
Kantonales Technikum
Quellgasse 21, 2500 Biel, Tel. 032 2 43 68 (ab 8. 3. 74: 032 23 43 23)

Redaktion: Hans Adam, Olivenweg 8, 3018 Bern/Postfach, Telephon 031 56 03 17.

Alle den Textteil betreffenden Einsendungen, ob für die Schweizerische Lehrerzeitung oder das Berner Schulblatt bestimmt, an die Redaktion.

Bestellungen und Adressänderungen an das Sekretariat des BLV, Brunngasse 16, 3011 Bern, Telephon 031 22 34 16, Postcheck 30-107 Bern.

Redaktor der «Schulpraxis»: H.-R. Egli, 3074 Muri bei Bern, Breichtenstrasse 13, Telephon 031 52 16 14.

Insertionspreis: 62 Rp. die einspaltige Millimeterzeile.
Annoncenregie: Orell Füssli-Werbe AG, 3001 Bern, Zeughausgasse 14, Telephon 031 22 21 91, und übrige Filialen.

Druck: Eicher & Co., Postfach 1342, 3001 Bern.

Rédaction pour la partie française: Francis Bourquin, 5, chemin des Vignes, 2500 Bienne, tél. 032 2 62 54.

Prière d'envoyer ce qui concerne la partie rédactionnelle (y compris les livres) au rédacteur.

Pour les changements d'adresses et les commandes, écrire au Secrétariat de la SEB, Brunngasse 16, 3011 Berne, téléphone 031 22 34 16, chèques postaux 30-107 Berne.

Annonces: prix pour la ligne d'un millimètre, une colonne 62 ct.

Régie des annonces: Orell Füssli Publicité S. A., 3001 Berne, Zeughausgasse 14, téléphone 031 22 21 91, et autres succursales.

Impression: Eicher & Co., Case postale 1342, 3001 Berne.

AZ 3000 Bern 1

Druck und Spedition Eicher+Co. 1342 - 3001 Bern